



VERBAND DER ÖLSAATEN-
VERARBEITENDEN INDUSTRIE
IN DEUTSCHLAND

OVID-Brief

Nachhaltigkeit von agrarischen Rohstoffen



Editorial

Auch wenn Wirtschaftskrise und Rettungsversuche für ganze Industriezweige zurzeit andere wichtige Themen in den Hintergrund treten lassen, bedeutet das keinesfalls, dass wir uns beispielsweise von Nachhaltigkeit und Umweltschutz verabschiedet hätten. Im Gegenteil. Wir, die ölsaatenverarbeitende Industrie in Deutschland, zusammen mit Händlern und Großhandelsfirmen unserer Branche, setzen Nachhaltigkeit von agrarischen Rohstoffen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen.

Wir begrüßen eine durchgängige Nachhaltigkeits-Zertifizierung für agrarische Rohstoffe, so wie es EU und Bundesregierung vorsehen. Wenn alle Landwirte weltweit nachhaltig produzieren – und in Europa sind mit den „Cross-Compliance“-Regelungen bereits die richtigen Vorgaben gemacht – kommt das nachhaltig der Umwelt und dem Klimaschutz zugute. Es gilt dabei, die in der Europäischen Erneuerbaren Energie-Richtlinie (RED) festgeschriebenen Nachhaltigkeitskriterien so anzulegen, dass hier eine möglichst flächendeckende Umsetzung erfolgen kann, im Interesse des Klimaschutzes, aber auch im Interesse der Märkte und einer Minimierung von zusätzlichen Kosten. Gerade deshalb ist es erforderlich, die Zertifizierung nicht nur auf die Verwendungsbereiche Bioenergie und Biokraftstoffe zu beschränken, sondern Möglichkeiten einer flächendeckenden und kosteneffizienten Zertifizierung zu nutzen!

Es ist wichtig, „die gesamtgesellschaftlichen, langfristigen und globalen Folgen politischer Entscheidungen in den Blick zu nehmen. Unsere Umweltpolitik ist eine Politik für heutige und künftige Generationen, für uns in Deutschland und Europa, aber auch in anderen weniger wohlhabenden Teilen der Welt,“ sagt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seinem Positionspapier „Nachhaltige Entwicklung durch moderne Umweltpolitik“, April 2009.

Es wäre zu wünschen, wenn die Politik entsprechend dieses Grundsatzes die notwendigen Schritte für eine flächendeckende Nachhaltigkeit umsetzen würde.

Dr. Kai-Uwe Ostheim

Stellvertretender Vorsitzender OVID

Die Position von OVID

Nachhaltigkeit für einen effektiven und wirkungsvollen Klimaschutz

Die Europäische Kommission und die Bundesregierung haben alle notwendigen Schritte eingeleitet, schon in Kürze ein neues gesetzliches Regelwerk in Gang zu setzen, um Nachhaltigkeits-Zertifizierungen für agrarische Produkte festzulegen, die für Bioenergie und Biokraftstoffe verwendet werden. So sollen Klimaschutz, und hier vor allem der Schutz bedrohter Regenwälder in Anbaugebieten und die Ökonomie besser in Einklang gebracht werden.

Der Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID) und die beteiligte Wirtschaft begrüßen ausdrücklich eine Regierungsinitiative für Nachhaltigkeit und für einen besseren Klimaschutz. Die Festlegung auf bestimmte Nachhaltigkeitskriterien und Ansätze einer Zertifizierung von agrarischen Rohstoffen und des Treibhausgas-Minderungspotentials sind hier wirksame Instrumente.

Jedoch: Wenn die Rodung von Regenwäldern, die weltweit eine große Bedeutung als CO₂-Speicher haben, in großem Maßstab verhindert und wenn ein nachhaltiger Anbau von landwirtschaftlichen Rohstoffen unter Wahrung von Naturschutzregionen und der Biodiversität gewährleistet werden soll, reicht es nicht aus, nur die Verwendung im Bereich Bioenergie (3 bzw. 5 Prozent) zu reglementieren. Notwendig ist vielmehr ein globaler und flächendeckender Ansatz, sowohl in der EU als auch in Drittländern.

In der EU werden mit den Vorschriften der sogenannten „Cross-Compliance“ bereits Umweltstandards im Agrarbereich eingehalten – unabhängig davon wofür die Agrarprodukte später verwendet werden. An die Einhaltung dieser Standards sind im Übrigen auch die EU Direktzahlungen an die Landwirte gebunden. Auch die Ölmühlen werden zukünftig ihre gesamte Pflanzenölproduktion zertifizieren lassen, ebenfalls unabhängig vom späteren Verwendungszweck. Denn sowohl beim Zeitpunkt des Anbaus in den rund 380.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland als auch bei der Verarbei-

tung in den Ölmühlen ist noch gar nicht bekannt, welche Verwendung (d. h. Lebens-, Futtermittel, Oleochemie oder Biokraftstoff) der landwirtschaftliche Rohstoff oder das Zwischenprodukt später einmal finden werden.

In Deutschland und der EU sind also bereits die richtigen Vorgaben gemacht und greifen Umweltstandards und künftige Zertifizierungen weit über den Bereich der Biomasse für Bioenergie und Biokraftstoffe hinaus für den gesamten Agrarbereich.

Wie sieht das in Drittländern und hier besonders in den Entwicklungs- und Schwellenländern aus?

Es gibt in Drittländern für agrarische Teilbereiche ebenfalls Ansätze für die Zertifizierung des Anbaus der Biomasse auf geeigneten Flächen. Der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) und der Roundtable on Responsible Soy (RTRS) definieren genaue Nachhaltigkeitskriterien zum Schutz der Umwelt und des Klimas, die im gesamten landwirtschaftlichen Betrieb eingehalten werden müssen – ohne dass hier eine spezifische Anbaufläche für die spätere Erzeugung von Bioenergie und Biokraftstoffen reserviert würde. Diese machen indes auch nur ein verschwindend geringen Teil aus: Der weltweite Anteil der agrarischen Rohstoffe, die in die Erzeugung von Bioenergie und Biokraftstoffe gehen, beträgt lediglich 3 Prozent. Das in die Europäische Union importierte Palmöl ging in den letzten Jahren nur zu rund 5 Prozent in die heimische Biokraftstoffproduktion, der Anteil für die Blockheizkraftwerke war geringfügig höher. Der weitaus größte Teil des Palmöls, den v. a. Malaysia und Indonesien exportieren, wird hingegen seit eh und je in der Ernährungsindustrie eingesetzt, aber auch in der Oleochemie z. B. zur Herstellung von Tensiden für Wasch- und Spülmittel oder in der kosmetischen Industrie.

Globale Initiative für mehr Nachhaltigkeit und gegen die Rodung von Regenwäldern

Seit 2008 engagiert sich OVID direkt an zwei Roundtable-Initiativen, die vom World Wide Fund For Nature (WWF) gegründet wurden und die sich für einen nachhaltigen Anbau von Ölpflanzen in Drittländern einsetzen. Der **Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)** ist eine weltweit aktive Initiative für den nachhaltigen Anbau von Ölpalmen. Mitglieder des RSPO sind Ölpalmenpflanzer, Palmölverarbeiter und -händler, Konsumgüterhersteller, aber auch Banken sowie Umwelt- und Naturschutzorganisationen. Im November 2007 hat der RSPO Grundsätze und Kriterien für die nachhaltige Herstellung von Palmöl verabschiedet. Die erste Schiffsladung mit nachhaltig produziertem und zertifiziertem Palmöl traf im November 2008 in Rotterdam ein. Ein streng kontrolliertes Gütesiegel garantiert, dass kein Regenwald abgeholzt wurde, um das importierte Öl herzustellen. Analog zum RSPO engagiert sich der **Roundtable on Responsible Soy (RTRS)** weltweit für den nachhaltigen Anbau von Sojabohnen.

www.rspo.org
www.responsiblesoy.org

Wie soll also mit 3 bzw. 5 Prozent nachhaltiger Biomasse ein effektiver und wirkungsvoller Klimaschutz gewährleistet werden?

OVID vertritt die Position, dass die bestehenden flächendeckenden Ansätze effektiver und wirkungsvoller sind und ausgebaut werden sollten, anstelle dass eine Einzel-Regelung für die Zertifizierung von Biomasse für Bioenergie und Biokraftstoffe geschaffen wird. „Das wäre im Sinne des Klimaschutzes ein breiterer, zielführenderer Ansatz, der im übrigen nicht an der Praxis vorbei nur einen Teil der Wirtschaft einbezöge und zu einer Fragmentierung der Märkten und damit höheren Kosten führte“, so Dr. Kai-Uwe Ostheim, ADM Hamburg und stellvertretender Vorsitzender von OVID.

Die im Gesetzgebungsverfahren befindlichen „Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung“ und „Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung“ als nationale Umsetzung der Europäischen Erneuerbaren Energie-Richtlinie greifen demnach zu kurz, um einen wirklich konstruktiven Beitrag im skizzierten Sinne zu leisten. Vielmehr schaffen sie bürokratische und verwaltungsaufwändige Einzel-Regelungen, anstelle eines marktkonformen Gesamtansatzes. Nicht berücksichtigt wird dabei, dass die in der „Pipeline“ befindlichen Verordnungen zur Nachhaltigkeit nicht mit den real existierenden Strukturen in den internationalen Märkten für agrarische Rohstoffe einhergehen, d. h. der landwirtschaftlichen Kette vom Erzeuger bis hin zum Verarbeiter wie z. B. der Ölmühle.

An der Praxis des internationalen Handels vorbei

Die logistischen Warenketten haben sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte als Folge eines immer stärkeren Kostendrucks durch den Lebensmitteleinzelhandel entwickelt: Es werden jeweils möglichst große homogene Partien von agrarischen Rohstoffen unter Ausnutzung von „Economies of Scale“-Effekten in der Logistik zusammengestellt, ohne Wahrung der physischen Identität bzw. der Herkunft der Ware.

Ein Beispiel: In einer Ölmühle in Hamburg werden 10.000 t Ölsaaten pro Tag verarbeitet, die in Deutschland, der EU und weltweit ihren Ursprung haben. Bei Ölsaaten allein aus Deutschland wären dies rund 400 LKW pro Tag, die angeliefert werden müssen. Bei über den Fluss und Seeweg angelieferter Rohware insbesondere bei Sojabohnen aus Übersee sind die Einheiten, die angenommen werden, entsprechend größer, nämlich bis zu 5.000 t Saat – das wäre die

halbe Tagesproduktion auf einmal – und bis zu 65.000 t Sojabohnen – d. h. in einer Ladung die Produktion einer ganzen Woche. Diese Ölsaaten verfügen jeweils über homogene Eigenschaften im Hinblick auf qualitative Parameter wie Öl- und Proteingehalt und Feuchtigkeit.

Was bedeutet das von der Politik geplante Zertifizierungsverfahren für Produzenten und Abnehmer?

So wie die Verordnungs-Texte zurzeit verfasst sind, würde sich eine physische Trennung der Warenströme in einen kleinen Teil „zertifizierte“ Rohstoffe (nämlich für Bioenergie und Biokraftsstoffe) und den weitaus größeren Teil „nicht zertifizierte“ Rohstoffe für die übrigen Märkte ergeben. Dies hätte erhebliche Konsequenzen für die typischen landwirtschaftlichen Transportketten. Konkret müsste für die zertifizierte Ware ein zweiter, gesonderter Vermarktungsweg aufgebaut werden, mit beachtlichen Infrastrukturinvestitionen, nämlich zusätzlichen LKW, Eisenbahnwaggons, Schiffen und Silos, damit eine solche physische Trennung überhaupt realisiert werden kann. Die zusätzlichen Silokapazitäten müssten im Übrigen sowohl an den Ursprungsorten der Ware als auch bei den Endabnehmern gebaut werden.

Logistik bei weltweiten Warenströmen

Bis die Sojabohnen in Nord- und Südamerika im Exporthafen ankommen, sind sie angesichts der gewaltigen Entfernungen im Binnenland schon mehrmals umgeschlagen worden. Ein Beispiel der Kette aus Nordamerika verdeutlicht dies: Ein Farmer im Mittleren Westen bringt sein Erntegut der aufnehmenden Hand (Ersterfasser), von dort geht es meist in Waggons zu einem Silo an einem der Flüsse, die in den Golf von Mexiko münden wie z. B. dem Mississippi. In diesem Flussterminal werden die Sojabohnen nochmals umgeschlagen und in Transportbargen verladen bis zu den großen Golf-Verladehäfen wie z. B. New Orleans. Dort werden dann Einheiten bis hin zu den genannten 65.000 t zusammengestellt, die über den Ozean nach Europa transportiert werden.

Besonders aufwändig würden die Vorkehrungen auch auf der Verarbeitungsebene bei den Ölmühlen in Ergänzung zu den zusätzlichen Silos: Üblicherweise wird dort in einem sogenannten kontinuierlichen Verfahren gearbeitet, d. h. 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche und 365 Tage im Jahr, ohne Unterbrechung der Produktion. Nur so lässt sich der Kostenaufwand minimieren, da insbesondere das Hochfahren und Abfahren der Anlagen (z. B. über die Feiertage oder aber wegen spezifischer Partien) besonders personal- und energieintensiv, aber auch störanfällig ist.

Das bisherige Ziel der Branche, nämlich „Economies of Scale“-Effekte auch in der Verarbeitung zu nutzen, lässt sich mit getrennten Verarbeitungsschienen nicht erreichen. Falls an den vorliegenden Entwürfen der Verordnungstexte und den darin vorgegebenen verwaltungstechnisch aufwändigen und systemfremden Einzelregelungen nichts geändert wird, würde dies für die „nachhaltig“ zertifizierte Schiene in entsprechend höheren Transport- und Verarbeitungskosten resultieren, die dann nicht nur auf die Preise für Biokraftstoffe umgelegt werden, sondern ihren Niederschlag auch auf die Lebensmittel- und Futtermittelpreise finden – ohne dass damit ein Beitrag zur Nachhaltigkeit dieser Produkte geleistet würde. Gerade deshalb ist es nicht zielführend, die Zertifizierung auf Bioenergie und Biokraftstoffe zu beschränken, sondern eine flächendeckende Zertifizierung zu nutzen, die zum einen einen wirksamen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz leistet, und die zum anderen eine Fragmentierung der Märkte verhindert und somit die Kosten kontrolliert.

Zertifizierung: Die Natur hat andere Zeitlinien als die Politik

Die von der Bundesregierung vorbereiteten Nachhaltigkeitsverordnungen zu Biostrom und Biokraftstoff sollen bereits zum 1.10.2009 in Kraft treten. Für Bioenergieprodukte bedeutete das, dass Biomasse rückwirkend zertifiziert werden müsste – was nicht möglich ist! Hintergrund ist, dass derzeit bei der Produktion von Bioenergie und Biokraftstoffen auf die Ernten der Jahre 2008 und 2007 zurückgegriffen wird. Denn zwischen dem Zeitpunkt der Aussaat z. B. August 2008, der Ernte im Jahr 2009 bis zur Endverarbeitung vergehen oft bis zu 20 Monate, das hieße Mai 2010. Erst dann könnte gegebenenfalls eine als nachhaltig zertifizierte Verwendung im Bereich Biokraftstoffe erfolgen.

Allerdings steht wie dargestellt bei der Aussaat noch gar nicht fest, in welchen Verwendungsbereich die Pflanzen gehen, d. h. für welchen Teil des Anbaus die über die Cross Compliance hinaus geplante Extra-Zertifizierung für Bioenergie und Biokraftstoffe angewendet werden müsste. Es fragt sich, ob sich der Landwirt nicht schon beim Anbau auf den Verwendungszweck der Rohstoffe festlegen kann, um sich damit den gewaltigen Zertifizierungsaufwand für die gesamte Biomasse zu ersparen? Ginge er so vor, würden ihm im Laufe der Sai-

son nicht mehr sämtliche Vermarktungsmöglichkeiten offen stehen. Er würde seine Flexibilität aufgeben und dadurch seine Einnahmemöglichkeiten senken. Ein frühzeitiges „Commitment“ würde also seine Wettbewerbskraft erheblich schmälern.

Möglichkeiten für eine flächendeckende Zertifizierung

Daraus ergibt sich im Umkehrschluss jedoch nicht, dass keine Zertifizierung der agrarischen Rohstoffe in Deutschland und der EU möglich ist! Es bieten sich allerdings geeignetere Ansätze zur Umsetzung der RED-Vorgaben der Europäischen Kommission zur Nachhaltigkeit an als die alleinige Zertifizierung von agrarischen Rohstoffen, die für Bioenergie und Biokraftstoffe eingesetzt werden.

Es gilt, die in der RED festgeschriebenen Nachhaltigkeitskriterien so anzulegen, dass hier eine möglichst flächendeckende Umsetzung erfolgt, im Interesse des Klimaschutzes, aber auch, im Interesse der Märkte und einer Minimierung der Kosten. Nur so lässt sich erreichen, dass Anbau und Verarbeitung wenn nicht weltweit, so zumindest in der EU nachhaltig erfolgen, und zwar für sämtliche Verwendungsrichtungen, ohne dass hier schon frühzeitig eine Festlegung auf den Bereich Bioenergie erfolgen müsste. Die Entwicklungen in Asien und Südamerika im Zusammenhang mit den beiden Roundtables zur nachhaltigen Produktion von Palmöl und Soja laufen in diese Richtung, so dass auch weltweit Ansätze für einen breiten Zertifizierungsansatz bestehen.

Wie könnte eine flächendeckende Zertifizierung in Drittländern erreicht werden, die noch über die bestehenden Ansätze bei Soja und Palmöl hinausgehen? Möglichkeiten hierfür sind:

- bilaterale Vereinbarungen (mit großen Lieferländern agrarischer Rohstoffe wie den USA oder Brasilien)
- multilaterale Protokollabkommen mit Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien und in diesem Zusammenhang insbesondere auch
- nachhaltige Landnutzungsplanungen einschließlich Umsetzung und Überwachung.

OVID-Porträt

In dieser Reihe stellen wir in jedem OVID-Brief einige Mitgliedsfirmen vor. Wir beginnen mit Cargill Incorporated, die in Deutschland 13 Niederlassungen mit rund 1600 Mitarbeitern hat.

Cargill

Cargill ist ein weltweiter Anbieter von Produkten und Dienstleistungen in den Bereichen Lebensmittel, Landwirtschaft und Risikomanagement. Cargill wurde 1865 in den USA gegründet und beschäftigt heute rund 160.000 Menschen in 67 Ländern. Der internationale Firmensitz ist in Minneapolis, Minnesota. Cargill gilt als eines der größten Unternehmen in Familienbesitz weltweit. Es erzielte 2008 einen Jahresumsatz von über 120 Milliarden US-Dollar.



Der Cargill Standort Salzgitter

Das Unternehmen ist seit 1955 in Deutschland tätig und besitzt Ölmühlen und Produktionsstätten in Barby, Bönen, Frankfurt, Hamburg-Harburg, Hamburg-Rothenburgsort, Hamburg-Wandsbek, Klein-Schierstedt, Krefeld, Mainz, Malchin, Riesa, Salzgitter und ein Joint Venture mit Wittenberge. An den deutschen Standorten arbeiten insgesamt 1.600 Beschäftigte. Zu den Geschäftsfeldern zählen:

- Verarbeitung von Ölsaaten zu Öl und Schrot
- Handel mit Futtermittel-Bestandteilen auf Getreide- und Nichtgetreidebasis
- Malzproduktion
- Handel mit Nahrungsmittel-Grundstoffen wie Glukose und Stärke, technischen Ölen und Lecithin für die Lebensmittelindustrie
- Erzeugung von Biodiesel

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Ölsaaten
verarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
www.ovid-verband.de

Verantwortlich

Petra Sprick
Geschäftsführerin
E-Mail: sprick@ovid-verband.de

Redaktion

Kirstin Karotki
Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Tel: +49 (0)30 / 726 259 30
E-Mail: karotki@ovid-verband.de

Ausgabe: Juni 2009